

# TAGUNGEN

## Die nächste Etappe zur Europäischen Wirtschaftsunion

Trotz aller Unsicherheiten in der Politik mancher Staaten der EWG, vor allem Frankreichs, setzte das *Europäische Parlament* in seiner *Oktobertagung* seine Arbeiten an der Ausgestaltung der Gemeinschaften zu einer echten Wirtschaftsunion verstärkt fort. Die innere Logik der Dinge gebietet das. Keines der beteiligten Länder möchte das Erreichte preisgeben, aber bei Halbheiten kann man auch nicht stehenbleiben. Eine ausführliche Debatte um die Koordinierung der Haushalts- und Währungspolitik beleuchtete den gegenwärtigen Stand in recht eindringlicher Weise. Beide Komplexe sind ja wesentliche Bestandteile jener gemeinsamen Wirtschaftspolitik, die auf das Hauptziel, eine Steigerung der Lebenshaltung in allen Ländern, ausgerichtet sein soll.

Nun laufen 40 vH des Bruttosozialprodukts über die öffentlichen Einrichtungen, von ihnen werden sie wieder ausgegeben. So wird der Staat ein wichtiges, ja entscheidendes Mittel zur Beeinflussung der Wirtschaftskonjunktur. Die Haushalte der einzelnen Länder sind aber heute mehr oder minder auf die eigenen nationalen Bedürfnisse ausgerichtet. Steuereinnahmen und Ausgaben müssen erst einmal auf einen gleichen Nenner — wenigstens in großen Zügen — gebracht werden, um eine Aussicht für die Etatsgebarung in allen Staaten zu gewinnen.

Das weitere entscheidende Ziel ist die Aufstellung eines europäischen Wirtschaftsbudgets. Hierbei geht es — wir folgen da der überzeugenden Formulierung des Abg. Dr. *Deist* — darum, „vorausschauend Programme aufzustellen, die den Prinzipien einer demokratischen und freien Ordnung unserer Welt entsprechen, und damit verwaltungswirtschaftliche Regelungen der Planung und Lenkung, wie sie im Osten üblich sind, auszuschließen“. Diese klare begriffliche Abgrenzung war notwendig, weil es, besonders in Deutschland,

noch immer üblich ist, bei dem Wort „Wirtschaftsplanung“ den Bolschewistenschreck heraufzubeschwören, obschon die Beispiele Frankreichs und Hollands zeigen, daß auch im Rahmen einer grundsätzlich freien Wirtschaft solche Planungen möglich und überaus erfolgreich sind.

Übrigens wird angekündigt, daß in Bälde auch Italien und Belgien dem Beispiel der erwähnten Länder folgen wollen, so daß Deutschland zusammen mit Luxemburg allein ohne eine derartige Planung bliebe, sofern nicht der von der Bundesregierung bereits zugesagte erste Wirtschaftsbericht wenigstens Ansätze dazu bringt. Jedenfalls wird die Bundesrepublik nicht abseits stehen dürfen, will sie nicht die erstrebte Harmonisierung der Wirtschaftspolitik in Europa gefährden; vielmehr wird sie sich dem Zwang der Gemeinschaft dann doch fügen müssen. Interessant ist dabei, daß man sich den Schreckvorstellungen einer Zwangsplanung mit einer neuen Begriffsbildung entziehen möchte. Man spricht bereits gern von einer „Programmierung“ anstatt von einer Planung der Wirtschaft. Ist es nicht klarer, so erst recht nicht schöner.

Jedenfalls hat sich das Europäische Parlament die Grundsätze eines solchen Wirtschaftsbudgets zu eigen gemacht, das ja auch von den Gewerkschaften gefordert wird. Angenommen wurden ebenso Richtlinien einer gemeinsamen Währungspolitik, deren wichtigstes Mittel eine enge Zusammenarbeit der nationalen Notenbanken und die Schaffung eines gemeinsamen Währungsfonds sein sollen.

Das Mitglied der EWG-Kommission *Marjolin* kündigte für seine Behörde ein Aktionsprogramm an, das davon ausgeht, in der zweiten Etappe des Gemeinsamen Markts solle das Bruttosozialprodukt bis 1970 um 60 vH des Standes von 1960 gesteigert werden. In großen Zügen ist dieses Programm bereits bekanntgeworden; es liegt nun dem Minister rat vor. Hier sei nur erwähnt, daß die Zölle zwischen den EWG-Staaten von derzeit 50 vH bis Ende Dezember 1965 um insgesamt 80 vH der Ausgangsbasis gesenkt und am 1. Januar 1967 völlig beseitigt werden sollen; ebenso soll bis zu diesem Zeitpunkt der Außenzoll

überall gleich sein. Maßnahmen zur Herstellung des freien Personenverkehrs, der Niederlassungsfreiheit sowie die Angleichung der Umsatzsteuern sollen beschleunigt, die letzteren bis 1970 angeglichen werden. Auf weitere Einzelheiten wird an dieser Stelle zurückzukommen sein, wenn die Vorlage das Europäische Parlament passiert.

Eine recht lebhafte Debatte entwickelte sich um die Verfassung der Europäischen Gemeinschaften, die, wie hier wiederholt berichtet wurde, vor allem an der Funktionsunfähigkeit des Ministerrats und an der mangelnden Zusammenarbeit dieser Spitzenbehörde mit dem Europäischen Parlament leidet. Dieser Zustand wird um so prekärer, je mehr im Ministerrat Entscheidungen mit Mehrheit und nicht mehr einstimmig gefaßt werden. Über die Notwendigkeit eines Ausbaus der Kontrollrechte des Parlaments sind sich die Volksvertreter in Straßburg mit der Kommission einig; er bedürfte aber einer Abänderung des Römer-Vertrages — und diese dürfte vorläufig nicht zu erzielen sein, weil eben dafür die Einstimmigkeit im Ministerrat unerläßlich ist. Für die Zeit, bis diese Meinung durchdringt, schlug der Abg. *Birkelbach* neue Formen der Zusammenarbeit der drei Organe vor, und Prof. *Hallstein*, der Präsident der EWG-Kommission, fühlte sich angeregt, so etwas Ähnliches wie den Vermittlungsausschuß ins Auge zu fassen, der in der Bundesrepublik bei Meinungsgegensätzen zwischen Bundesrat und Bundestag schlichtend eingreift.

Das sind nun Zukunftsaspekte. Aber sie werden mit jedem Tag dringlicher, wo die gesetzlich bindenden Beschlüsse des Ministerrats mehr und mehr in die nationale Gesetzgebung eingreifen, ohne daß dafür eine echte Verantwortung der Regierungen gegenüber ihren nationalen Parlamenten besteht. Bedenklich wird die Situation schon jetzt dadurch, daß, wie mehrfach betont wurde, auch der Ministerrat in einer Weise überlastet ist, daß er kaum noch in der Lage ist, die Gesetzesmaterien gründlich zu verfolgen. Die Suche nach einem Ausweg wird so allmählich zu einem zwingenden Gebot. *Artur Saternus*

### „Europäisches Komitee der Arbeit“

Paris scheint gegenwärtig die Stadt zu sein, in der man sich für den Fragenkomplex „Planwirtschaft“ am meisten interessiert. Hat Wirtschaftsminister *Erhard* das gespürt, als er Anfang November akzeptierte, vor der Pariser Handelskammer einen Vortrag zu halten, den er — wohl nicht zufällig — dazu verwandte, um eben auch gegen „Planungs-ideen“ zu protestieren, die kürzlich von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in die Debatte geworfen wurden,

oder lag ihm mehr daran, den Gedanken einer Planwirtschaft „à la française“ zu bekämpfen und ihm die Idee der „freien Marktwirtschaft“ — heute und für immer — entgegenzustellen?

Wie dem auch sei, so folgte dem Vortrag Erhards in Paris die Tagung des „Verbindungsbüros der Sozialistischen Parteien innerhalb der EWG“ und wenige Tage später die des „Europäischen Komitees der Arbeit“, die das Interesse der Gewerkschafter um so mehr verdient, als an dieser Zusammenkunft zwei Vertreter des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), nämlich *Theo Rascacart* und *Charles Ford*, beide engste Mitarbeiter von Generalsekretär *Omer Becu*, teilnahmen. Um gleich einige weitere Teilnehmer dieser Tagung zu nennen und somit deren besonderes Interesse zu unterstreichen: *Georges Varagne* als Vertreter der Christlichen Gewerkschaftsinternationale, *Fernand Georges* vom Verbindungsbüro der Sozialistischen Parteien innerhalb der EWG, *Etienne Hirsch*, früherer Hochkommissar für den französischen Plan und früherer Präsident der Europäischen Atombehörde, *Andre Verret*, Direktor des nationalisierten französischen Kohlenbergbaus, der bekannte Nationalökonom und Sozialist Prof. *Andre Philip* u. a.

Folgende Probleme sind auf dieser Tagung vom 10. und 11. November 1962, die einen großen „Europäischen Kongreß der Arbeit“ für den Monat Mai 1963 in Paris vorzubereiten hatte, zur Sprache gekommen: In gewerkschaftlichen und sozialistischen Kreisen Europas gewinnt der Gedanke einer „europäischen Planwirtschaft“ in immer größerem Maße an Boden. Es geht also darum, dieser Idee eine präzise Dimension zu geben und für sie vor allem das Interesse jener zu erwecken, die das Prinzip einer europäischen Gemeinschaft billigen, jedoch gewillt sind, dieser Idee einen „sozialen Inhalt“ zu geben.

Im Laufe der Diskussion hatten mehrere Teilnehmer Gelegenheit, ihren Gedanken klarere Konturen zu geben: Es erscheint jenen, die im gewerkschaftlichen oder im sozialistischen Lager stehen, notwendig, daß dem Konzept der freien Marktwirtschaft, das innerhalb der EWG vorherrschend ist, eine eigene Konzeption in Europa entgegengestellt werden sollte, die vor allem die Forderungen zu berücksichtigen hat, die für die Arbeiterschaft in Europa entscheidend sind: Vollbeschäftigung, kürzere Arbeitszeit, der Anteil, der den verschiedenen „Sozialdiensten“ gewährt werden soll u. a.

Mit anderen Worten: Die gesamte Wirtschaftspolitik der EWG, soweit sie die erwähnten Punkte und insbesondere auch die Politik der Investitionen, des Einkommens und der Gesamtorientierung der europäischen Wirtschaft betrifft, soll in einer Weise gestal-

tet oder zumindest beeinflußt werden, die gestattet, der Arbeiterschaft „vom europäischen Kuchen einen größeren Teil zu geben als bisher“.

Für die anwesenden Gewerkschafter erschien dieser Gedanke um so naheliegender, als er ja auch die Interessen reflektiert, die die Gewerkschaftsorganisationen auf nationaler Ebene geltend machen.

Es ist in dieser Hinsicht angebracht, darauf zu verweisen, daß im Zusammenhang mit diesen Zielen das Prinzip und die Notwendigkeit einer Planwirtschaft oder einer „kontrollierten Wirtschaft“ von keinem Teilnehmer in Frage gestellt wurde. Es wurde allerdings auf die Notwendigkeit einer *demokratischen* Planwirtschaft im europäischen Rahmen hingewiesen sowie darauf, daß die Teilnahme der gewerkschaftlichen Organisationen an der Ausarbeitung und Kontrolle eines solchen Plans die unerläßliche Voraussetzung für seine Wirksamkeit ist.

Mehrere Probleme haben sich in diesem Zusammenhang ergeben: Soll es sich bei einem solchen Plan um eine *Koordinierung* jener Pläne handeln, die bereits in Frankreich, Holland und Norwegen — um nur diese drei Länder zu nennen — zumindest in den Anfängen vorhanden sind oder soll ein europäischer *Gesamtplan* von den Gewerkschaftsorganisationen und jenen Kräften, die ihnen nahestehen, unter Berücksichtigung der spezifischen Lage in allen interessierten Ländern ausgearbeitet werden? Und zwei weitere Fragen: Wie sollen diese Pläne artikuliert werden? Zunächst auf regionaler Basis, eventuell unter Berücksichtigung der wichtigsten Wirtschaftszweige, im Zusammenhang mit dem bedeutenden Problem der Investitionen? Und weiter: Welches könnte dabei die Rolle der EWG sein, und wäre es eventuell erforderlich, ein „europäisches Planungskommissariat“ zu scharfen, das im Zusammenhang mit den politischen Institutionen auf europäischer Ebene (Wirtschafts- und Sozialausschuß, Europa-Parlament) die notwendigen Initiativen ergreifen könnte?

Seitens der französischen Teilnehmer insbesondere sind in diesem Zusammenhang bereits einige wichtige Dokumente abgefaßt worden, die demnächst der Öffentlichkeit unterbreitet und dem für Mai 1963 geplanten „Kongreß der Arbeit“ vorgelegt werden sollen. Diese Dokumente betreffen die wirtschaftliche Struktur in den Ländern der EWG, die soziale Gliederung in den verschiedenen Ländern, die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Planung im gegenwärtigen Rahmen der EWG u. a.

Es ist in diesem Zusammenhang interessant, daß jene Teilnehmer, die aufgrund ihrer Tätigkeit einen besonderen Einblick in das Wirken der gegenwärtigen europäischen

Institutionen haben, immer wieder auf die Notwendigkeit hinweisen, den gewerkschaftlichen Einfluß innerhalb dieser Institutionen zu verstärken und insbesondere zunächst, über das gegenwärtige Stadium hinaus, eine bessere Koordinierung zwischen den Gewerkschaftsorganisationen innerhalb der europäischen Gemeinschaften zu schaffen.

In den erwähnten Dokumenten, die von Fachleuten ausgearbeitet wurden, wird sehr freimütig auch auf die Gefahren einer europäischen Planwirtschaft hingewiesen: auf die Gefahr der Entstehung einer „Technokratie“ vor allem, einer „Bürokratisierung“, die im europäischen Rahmen noch schwierigere Probleme aufwerfen könnte als auf nationaler Ebene.

Den Gewerkschaftsorganisationen insbesondere, die bereits praktischen Anteil an den europäischen Institutionen nehmen, ist das Problem einer engeren Koordinierung ihrer Tätigkeit gestellt. In dieser Hinsicht war die Pariser Tagung fruchtbar, und jede weitere Diskussion wird sich auf die Anregungen stützen können, die dort von sehr qualifizierter Seite gemacht worden sind.

*Gustave Stern, Paris*